

Thema: "Verschieden und doch gleich – Aufgaben einer Integrationsgesellschaft"

Dank für die Einladung nach Esslingen.

Mit Esslingen verbinden mich gute Erinnerungen. Als ziemlich junger Mensch, 23 Jahre alt, war ich Vikar in Nürtingen, und meine Verlobte studierte an der PH, die heute PH Ludwigsburg heißt, aber damals im Lindenmuseum in Stuttgart ansässig war. Wenn ich mit dem klapprigen VW, den ich von meinem Vater übernommen hatte, von Nürtingen nach Stuttgart fuhr und dann an Esslingen vorbeikam, wusste ich „bald habe ich es geschafft, und kann meine Geliebte in die Arme schließen.“

Dieses leuchtende Bild von Esslingen hat sich tief in mir eingepägt. Und Sie werden sich denken, ein positiveres Grundgefühl gegenüber einer Stadt lässt sich gar nicht denken, als wenn sie aus einer so wichtigen Zeit des Lebens mit so einer positiven Empfindung verbunden ist. Und als ich nun heute nach so langer Zeit wieder hier her kam, habe ich gedacht: „Ja, die Stadt ist auch heute noch so schön, wie ich sie damals mit dieser Bestimmtheit empfunden habe.“ Deswegen bin ich sehr sehr gerne hier.

Ich würdige aber natürlich auch den Unterschied, der zwischen der Mitte der 60er Jahre und dem Jahr 2011 besteht. über Migrations- und Integrationsgesellschaft nachzudenken, wäre mir damals gar nicht in den Sinn gekommen. Es war gerade eben der Übergang, dass man nicht mehr von Fremdarbeitern, sondern von Gastarbeitern sprach. Aber dass das Gäste auf Zeit waren, und dass ihr Aufenthalt in unserem Land durch das Wirtschaftswunder und dadurch bedingte Wirtschaftsinteressen verursacht war, das war unstrittig, und daran gab es keinen Zweifel. Wie hat sich das seitdem geändert? Es hat sich in einer Weise geändert, die keineswegs nur Städte von der Größe Esslingens und größere Städte betrifft. Aus jener württembergischen Zeit, die für mein Leben prägend geblieben ist, auch wenn es mir genauso wenig, wie dem OB, gelungen ist, schwäbisch zu lernen, das ist nämlich neben dem Lernen von russisch – so hat mir damals schon einer erklärt – die schwerste Aufgabe, die es gibt. Auch wenn ich das also nicht gelernt habe, habe ich doch eine Nähe zu dieser Landschaft und zu vielen Menschen behalten.

Neulich habe Freunde in Bönningheim besucht, einem ziemlich kleinen Städtchen zwischen Ludwigsburg und Heilbronn, und da habe ich sie besucht in ihrem neu erworbenen Ruhestandsheim, und sie haben mir erzählt, wie sie die Initiative zu einem Nachbarschaftstreffen in diesem kleinen Städtchen unternommen haben. Und sie waren ziemlich verwundert, wie viele Nationen da bei einem Treffen der Nachbarschaft zustande gekommen sind, aber es war ein Treffen, das vom Geist der Zusammengehörigkeit geprägt war. Und man muss, glaube ich, den Großraum Stuttgart zunächst einmal dafür beglückwünschen, dass diese Region, die aus wirtschaftlichen Gründen den größten Anteil an Migrationsbevölkerung, an Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland überhaupt hat. Den so zum Jammern aufgelegten Berlinern sage ich immer, Berlin hat weit weniger Ausländerinnen und Ausländer als diese Stuttgarter Region. Da ist ganz offensichtlich ein Stückweit von dem auch schon gelungen, was in anderen Regionen Deutschlands noch bevorsteht.

Es ist, so ist mein Eindruck jedes Mal, wenn ich hier in der Region bin oder Datenergebnisse lese, schon manches gelungen. Deswegen heißt auch bei diesem Thema mein Rat, schauen Sie dass das Glas, um das es in diesem Fall geht, bitte unter dem Gesichtspunkt an, dass es halbvoll und nicht halbleer ist. Sie wissen ja auch, diejenigen, die die Neigung haben, das Glas immer als halbleer zu betrachten, auch in der Gefahr stehen, bei dieser Betrachtungsweise zu verdursten. Und vielleicht ergibt sich dann doch für einen Schwörtag, wenn ich an dieser einen Stelle der Zuspitzung des OB folgen darf, dass es für die Kultur des Zusammenlebens in einer Kommune, in einer Stadt, in einem Land noch ein Stück besser ist, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich als Mutbürger verstehen, als wenn sie sich bloß als Wutbürger verstehen. Und ich glaube der Schwörtag hat ganz stark damit zu tun, dass sich die Bürgerschaft regelmäßig, und deswegen ist die Wiederaufnahme einer reichsstädtischen Tradition ja so einleuchtend, zum Mut im Blick auf die eigene Zukunft und die Aufgaben, die vor ihr liegen, verpflichtet weiß.

So verstehe ich die Verpflichtung, die damit verbunden ist. Historisch ist es sicher noch ein bisschen anders gewesen, aber übertragen in unserer demokratischen Zeit, scheint mir das der große Anlass zu sein. Und für diesen Anlass haben Sie sich einen Redner eingeladen, der sich als evangelischer Christ, Theologe und Bischof im Laufe seiner Aufgaben immer intensiver mit dem Thema auseinandergesetzt hat, was es denn bedeutet, mit klaren eignen Überzeugungen in einer vielfältigen pluralistischen Gesellschaft zu leben.

Seit jenen Fahrten von Nürtingen nach Stuttgart ist dieses Thema im Laufe meiner eigenen Lebensgeschichte immer wichtiger geworden. Und ich habe in der Zeit, in der ich als Ratsvorsitzender für die evangelische Kirche in Deutschland insgesamt Verantwortung hatte, deswegen versucht, auch meinen und unseren Beitrag zu dieser Frage des Zusammenlebens zu leisten. Dabei habe ich für mich selber einen Grundsatz entwickelt, der sich dann auch in einem Schlüsseltext der evangelischen Kirche in Deutschland niedergeschlagen hat, und dieser Grundsatz heißt: „Klarheit und gute Nachbarschaft.“ Klarheit deswegen, weil man in einer pluralistischen Gesellschaft auch über das reden können muss, was uns voneinander unterscheidet, und man versuchen muss, angesichts von Vielfalt und Unterschiedlichkeit, einen gemeinsamen Weg zu finden. Gute Nachbarschaft deshalb, weil es darum geht, auf Dauer in der Verschiedenheit gut miteinander zu leben und gut miteinander unterwegs zu sein.

Wenn ich morgen, was ich liebend gerne würde, den ganzen Tag Zeit hätte, würde ich am Esslinger Bürgerfest teilnehmen und meine feste Überzeugung wäre, dass ich mit meiner mangelnden Fähigkeit schwäbisch zu reden, nicht mehr so vereinsamt wäre, wie ich vor 40 Jahren damit vereinsamt war. Und ich hoffe, dass diejenigen, für die das Schwäbisch Muttersprache ist und bleibt, die Tatsache, dass sie auch anders nuancierte Formen des Deutschen dabei erleben, großzügiger hinnehmen, als das vor einer Generation der Fall war. Ehrlich gesagt: damals hätte ich mir gar nicht vorstellen können, dass jemand Oberbürgermeister in einer schwäbischen Stadt werden kann, ohne schwäbisch zu reden. Aber das ist doch ein Zugewinn an Weltläufigkeit, der in der Zwischenzeit eingetreten ist, auch in dieser Hinsicht.

Unser Land bleibt christlich geprägt, und es ist wichtig, diese christliche Prägung ins Miteinander einzubringen, aber es ist offen für Menschen anderer Grundhaltung, anderer Überzeugung und anderer Religion. Miteinander müssen wir die Zukunft gestalten. Aber ganz deutlich sage ich schon an dieser Stelle, dass das nur gelingen kann, wenn jeder der Beteiligten für das einsteht, was ihm selber wichtig ist. Wer selber keinen Standpunkt hat, ist auch überhaupt nicht im Stande, die Standpunkte anderer zu achten. Wer selber nicht weiß, wo er zu Hause ist, kann auch nicht würdigen, wo andere zu Hause sein wollen. Oder in meiner, gelegentlich etwas schlichteren Sprache: Wer nach allen Seiten hin offen ist, der ist vielleicht nicht ganz dicht. Und insofern ist die Voraussetzung dafür, dass wir die große Aufgabe tatsächlich verstehen

und bewältigen, die vor uns liegt, nämlich zu einer Integrationsgesellschaft zu werden, eine große Voraussetzung dafür, dass wir uns unserer eigenen Wurzeln, unserer eigenen Herkunft, der besonderen Bedeutung der jüdisch – christlichen Prägung und das nicht nur als Erbe, das hinter uns liegt, sondern als eine lebendige Kraft, die uns in die Zukunft führt, bewusst sind und dies wertschätzen und in seinem Gewicht würdigen.

Allerdings ist es noch immer alles andere als selbstverständlich, dass man diese Aufgabe tatsächlich akzeptiert – eine Integrationsgesellschaft zu sein. Ich habe es schon angedeutet: Wie lange hat es gedauert, bis wir akzeptiert haben, dass wir eine Zuwanderungsgesellschaft sind? Das galt als ein Unwort, und die Meinung, Ausländerinnen und Ausländer, die unter uns ihr Brot verdienen und ihre Kinder aufziehen, haben hier ein Bleiberecht nur auf Zeit – Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge haben ein Bleiberecht nur auf Zeit – war für lange Zeit beherrschend. 1973 hat man einen Anwerbestopp verhängt und dadurch gemeint, das Problem über die Jahre irgendwie loswerden zu können. 1993, 20 Jahre später, hat man das Asylrecht verändert und gedacht, dadurch würde man nicht mehr zukünftig mit humanitär verursachter Zuwanderung konfrontiert sein.

Das Eine war so falsch, wie das Andere. Nach wie vor sind wir in diesem Land, und das zeigt ja gerade eine industriell so entwickelte Region, wie diese Region, auf Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund angewiesen. Wir haben also wirtschaftliche Gründe für Zuwanderung, und nach wie vor sind wir verpflichtet dazu, bei dieser Zuwanderung einen humanitären Korridor aufrecht zu erhalten und unsere Verpflichtung auf die Menschenrechte auch darin zur Geltung zu bringen, dass Menschen bei uns nicht abgewiesen werden, die andernfalls um Leib und Leben und Freiheit fürchten müssen.

Der gedankliche Umstieg auf eine solche Betrachtungsweise ist in Deutschland im Grunde erst im Jahre 2001 vollzogen worden mit einem Bericht, der von der unabhängigen Kommission Zuwanderung unter dem Vorsitz von Rita Süßmuth verfasst und verabschiedet worden ist. Rita Süßmuth, die ja auch Schwörtagsrednerin hier in Esslingen gewesen ist. Darauf folgte 2004 das Zuwanderungsgesetz, das ein Fortschritt war, das aber interessanterweise wichtige Einsichten jenes Berichtes überhaupt nicht aufgenommen hat. Weder hat man sich an der Einsicht orientiert, dass wenn man Zuwanderung demographisch betrachtet, dann in Deutschland pro Jahr eigentlich 300.000 bis 400.000 Menschen zuwandern müssten, noch hat man sich an der anderen Überlegung orientiert, dass man sagt, man kann auch eine politische Übereinkunft darüber treffen, welche Zuwanderung pro Jahr man vorsieht.

Weder das Eine noch das Andere findet man im Zuwanderungsgesetz mit der notwendigen Folge, dass Klarheit über die Kriterien der Zuwanderung bis zum heutigen Tag nicht geschaffen worden ist. Weder war man so ehrlich, zuzugeben, welche Kriterien man anlegen will, wenn man Zuwanderung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, was ein gutes Recht ist für das Betrachten von Zuwanderung: Welche Qualifikationserfordernisse möchte man gerne erfüllt sehen, noch hat man den Gesichtspunkt betrachtet, was tut man darüber hinaus bei der Zuwanderung aus humanitären Gründen. Das sind zwei verschiedene Betrachtungsweisen, für die der frühere Bundespräsident Johannes Rau die klare, die einfache, die überzeugende Unterscheidung getroffen hat, dass er gesagt hat: „Eine Einwanderungsregel ist eigennützig, das Recht auf Asyl ist uneigennützig.“

Ich bin davon überzeugt, dass die eigennützige Betrachtung, soweit es um wirtschaftliche Interessen geht, nur dann eigentlich menschlich bleibt, wenn die uneigennützige Betrachtungsweise auch noch ihren Ort behält. Nur dann geht das. Wir haben stattdessen eine Weiterent-

wicklung der Migrationsbevölkerung gehabt, die sich aus unregelmäßiger Zuwanderung, aus Familiennachzug und aus dem stärkeren Wachstum der Migrationsbevölkerung im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung erklärt. Das sind die Hauptfaktoren, die jetzt eine Rolle spielen. Dabei ist es ganz interessant, sich klar zu machen, was die Neuzuwanderung betrifft, haben wir inzwischen in vielen Jahren in Deutschland nahezu ein Gleichgewicht zwischen Zuwanderung und Abwanderung. Nur die Zuwanderungsbevölkerung hat Migrationshintergrund, bringt neue kulturelle Herausforderungen, bringt neue religiöse Positionen ins Land, und die Abwanderung vollzieht sich in einem nicht unerheblichen Teil bei höher gebildeten Migranten und bei Deutschen, die angesichts einer gewissen Schwerfälligkeit unseres eigenen Landes ihr Glück in anderen Ländern suchen.

In der Summe haben wir jetzt in Deutschland, was wir vor Jahrzehnten in anderen Ländern beklagt haben, nämlich einen braindrain durch das Verhältnis von Zu- und Abwanderung. Und ich finde, auch darüber muss man mal freimütig diskutieren und nicht alles unter dem Deckel einer vollkommen ungeklärten Diskussionslage halten. Da gibt es in meinen Augen also durchaus noch einen Klärungsbedarf. Von anderen Ländern zu lernen, nicht nur von Kanada, dass geordnete Zuwanderung besser ist, als ungeordnete. Aber, wie auch immer man diese Sache anschaut, die entscheidende Frage heißt heute nicht mehr, ob wir ein Zuwanderungsland oder ein Einwanderungsland sind, sondern dass wir heute ein Integrationsland und eine Integrationsgesellschaft sind. Und wir müssen uns die Frage stellen, wie weit sind wir da eigentlich gekommen.

Angesichts der etwas chaotischen Art und Weise, in der wir anerkannt haben, dass wir diese Aufgabe haben, ist das Ergebnis eigentlich erstaunlich. Und das, was mir der OB vorher über Esslingen erzählt hat, bestätigt das. Es gibt auch andere Formen der Bestätigung.

Es gibt inzwischen einen unabhängigen Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, der im Jahre 2010 seinen ersten Bericht erstattet hat, und dieser Bericht kommt zu bemerkenswert positiven Ergebnissen. In vielen Bereichen ist die Integration gelungen. Beide Seiten der Integrationsgesellschaft schätzen das auch selber so ein. Einzelne Bereiche nehmen dafür inzwischen eine Vorbildfunktion wahr – in der Zeit der Frauenfußballweltmeisterschaft habe ich mal ausdrücklich den Sport hervor. Sie haben, soweit Sie sich überhaupt für Fußball interessieren, Celia's Tor im Kanadenspiel sicherlich genauso bejubelt. Ein großartiges Beispiel für Integrationsgeschichte. Und ich verwende zur Sicherheit nur den Vornamen der Spielerin, nicht weil ich das bei Frauen generell so mache, sondern weil der Nachname für mich noch schwieriger zu sprechen ist, als schwäbisch.

Oder nehmen Sie das Beispiel der zentralen Repräsentantin dieser Frauenweltmeisterschaft: Steffi Jones. Es ist einfach großartig, zu sehen, dass eine Frau in einer so kurzen Lebensgeschichte sich aus solchen Anfängen, auch sozialer Bedingungen, unter denen sie aufgewachsen ist, mit Hilfe des Sports in eine solche Situation bringen kann, dass sie sozusagen zum Beckenbauer des Frauenfußballs wird. Ich frage Sie mal, hätten Sie 2006 vorausgesagt, dass im Jahre 2011 der Frauenfußball in Deutschland weltweit durch eine Frau mit Migrationshintergrund repräsentiert wird? Das hätten Sie nicht vorausgesagt, und man muss eigentlich anfangen, sich für dieses umständliche Wort Migrationshintergrund etwas anderes zu überlegen, weil es so selbstverständlich jetzt geworden ist, dass uns eine solche Frau jetzt darin vertritt.

Wichtige Zuwanderungsgruppen haben ein durchaus vergleichbares Bildungsniveau erreicht, wie die deutsche Mehrheitsbevölkerung. Wo das nicht der Fall ist, kann also nicht die ethnische und nationale Herkunft alleine dafür verantwortlich gemacht werden, dass es da Defizite

gibt, sondern man muss auch die soziale Situation im Blick haben; die soziale Situation in der Herkunft, in anatolischen Dörfern bspw., aber ebenso auch die soziale Situation in der sich die Betroffenen bei uns befinden; die Fortsetzung der Bildungsferne in einem sozialen Umfeld, in dem die Eltern nicht weiterkommen. Und deswegen finde ich es unfair, Bildungsdifferenzen und Bildungsdefizite allein mit der ethnischen Herkunft oder, was ich als ein Christ noch schlimmer finde, allein mit der Religionszugehörigkeit zu erklären. Das sage ich deswegen so ausdrücklich, weil ja genau das in den letzten 12 Monaten stattgefunden hat.

Ich komme nicht darum herum, einen ehemaligen Berliner Finanzsenator an dieser Stelle namentlich zu nennen, weil diese atmosphärische Verschiebung, die in unserem Land stattgefunden hat, in diesem Fall tatsächlich einen Namen hat, nämlich den Namen von Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“. Begründete Besorgnisse vor möglichen oder tatsächlichen Fehlentwicklungen werden - und diese Tendenz gibt es leider in Deutschland dann und wann - ins Überdimensionale gesteigert. Die Fähigkeiten der deutschen Gesellschaft, mit Herausforderungen fertig zu werden, werden klein geredet. Und solche Überlegungen finden Resonanz insbesondere bei denjenigen, die aus einer veränderten Zusammensetzung der deutschen Wohnbevölkerung eine Verschlechterung der persönlichen Lage befürchten, sei diese Befürchtung begründet oder nicht. Es wiederholt sich im Übrigen auch bei diesem Fall, dass solche Befürchtungen und eine darin begründete gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - kurz manchmal auch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit genannt - dort besonders ausgeprägt sind, wo die Menschen besonders wenig Chancen haben, Menschen anderer Herkunft persönlich kennen zu lernen; und dort, wo sie sich auch besonders konsequent davor scheuen, mit solchen Menschen ins Gespräch zu kommen und ein Nachbarschaftsfest mit ihnen gemeinsam zu feiern.

Das ist eine der Grundfragen unserer Situation, und ich muss es einfach so sagen: Ein Buch, das genau diese spezifisch deutsche Befindlichkeit auch noch bedient und verschärft, finde ich nicht sehr leicht zu verantworten. Glücklicherweise tröste ich mich immer damit, dass mehr Leute das Buch gekauft als gelesen haben. Es ist nämlich auch schwer zu lesen. Aber ich füge ausdrücklich hinzu - weil ja jemand auch sinngemäß gesagt hat: „Ich habe das Buch zwar nicht gelesen, aber ich spreche mich trotzdem dagegen aus“ - ich habe das Buch gelesen und spreche mich gegen die Hauptaussagen dieses Buches aus, vor allem aus folgendem Grund: Die eigentliche Thematik, die in diesem Buch die zentrale Rolle spielt, hat nicht zu tun mit der Frage, wie gut oder wie schlecht Menschen mit anderem kulturellem, religiösem, ethnischem Hintergrund sich bei uns in dieser Gesellschaft integrieren, und wie hoch der Anteil der Integrierten und der nicht Integrierten ist.

Der Hauptimpuls dieses Buches entspringt vielmehr einer ganz anderen Sorte: nämlich der demographischen Entwicklung der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Diese Entwicklung wird, ich muss es schon sagen, normalerweise auf den Begriff gebracht, dass man von einer Überalterung der deutschen Gesellschaft spricht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, selten habe ich einen Ausdruck gehört, der falscher wäre, als dieser. Daraus, dass wir alle, statistisch betrachtet, die Chance haben, älter zu werden, eine Überalterung zu machen, das ist doch Unsinn. Ich war warne übrigens nur davor, eine statistische Aussage immer auf sich persönlich zu beziehen.

Neulich habe ich wieder einen getroffen, der sagt, statistisch werde ich ja 84 Jahre alt, also plane ich mal für diese Zeit. Es könnte ihm passieren, dass er viel älter wird und dafür nicht geplant hat. Nein, das Problem ist nicht, dass wir heute ein solches Alter erreichen können.

Und das Problem unserer Gesellschaft ist auch nicht eine Überalterung, sondern eine Unterjüngung der deutschen Gesellschaft. Und ich schlage vor, dieses auch beim Namen zu nennen. Wir haben eine Unterjüngung, wir haben eine über die letzten Jahre abnehmende Bereitschaft bei jungen Menschen, jungen Paaren – übrigens in wachsendem Maße auch bei höher Gebildeten – Kinder zu bekommen und für das Aufwachsen von Kindern Verantwortung zu übernehmen.

Das hat nicht nur Gründe im individuellen Lebensstil und Lebensentwurf, sondern es hat auch Gründe im Familienethos der Gesellschaft insgesamt. Und bevor man – so wichtig das Thema ist – über Familien unterstützende Systeme und Maßnahmen redet, sollte man über das Familienethos der Gesellschaft insgesamt reden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fängt noch vor der Frage des Kindergartens an. Sie fängt nämlich an der Frage an, ob der Personalverantwortliche in der Firma zu der Frau, die zu ihm kommt und sagt, sie sei schwanger, antwortet und sagt: „Ich freue mich mit Ihnen“ oder ob er sagt: „Das kommt aber zum falschen Zeitpunkt“.

Es fängt mit der Frage an, ob der Vorgesetzte zu dem jungen Mann, der sein Auto mit zwei Kindersitzen vor den Betrieb stellt, sagt: „Dieses Auto stellen Sie mal lieber hinter den Betrieb.“ Es fängt damit an, ob der Personalverantwortliche zu einem jungen Mann, der sagt: „Auch ich will meinen Anteil an der Elternzeit nehmen“ oder beim zweiten Kind sagt: „Diesmal mache ich die Elternzeit“, ob er ihm dann sagt: „Das finde ich prima, und das ist ein gutes Vorbild, dem sollten andere folgen“ oder ob er sagt: „Das werden Sie noch bereuen“.

An diesen Stellen fängt es an, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und dann kommt die Frage hinzu, ob wir – weil das unsere gemeinsame Grundhaltung ist, dass wir ja zum Aufwachsen von Kindern sagen – dann auch sagen: „Die unterstützenden Maßnahmen dafür, dass Frauen wie Männer, die Verantwortung für Kinder und die Verantwortung im Beruf miteinander vereinbaren können, dies hat für uns hohe Priorität, auch was die unterstützenden Maßnahmen betrifft.“ Dann passen die Dinge zusammen. Und an dieser einen Stelle bin ich wirklich kreuzunglücklich, dass nämlich im Zusammenhang mit Kinderhorten, Kindergärten, Kindertageseinrichtungen wieder ganz vorrangig vom Gesichtspunkt der Betreuung die Rede ist. Jetzt hatte ich gedacht, und wir haben als evangelische Kirche auch das Unsere dazu beigetragen und über die Bedeutung von Kindertageseinrichtungen einen Text veröffentlicht, auf den ich stolz war, wie auf wenig anderes, ein wunderbar poetischer Titel: „Wo Glauben wächst und Leben sich entfaltet“, da hatten wir hineingeschrieben, der entscheidende Paradigmenwechsel besteht darin, dass wir diese Einrichtungen alle miteinander, auch bei den Einjährigen, nicht unter dem Gesichtspunkt der Betreuung, sondern unter dem Gesichtspunkt der Bildung betrachten.

Denn Bildung fängt ganz früh an. Und jetzt haben wir in der öffentlichen Diskussion diesen Rückfall in ein an sich überholtes Paradigma, weil wir diese Einrichtungen für Kinder nicht mehr von der eigenen Bedeutung, vom Eigenwert, von der eigenen Würde, von der eigenen Entwicklungsmöglichkeit der Kinder her anschauen, sondern unter der Perspektive der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Mehrzahl der Fälle für die Frauen und hoffentlich in einer wachsenden Zahl auch für die Männer.

Diese Vereinbarkeitsfrage ist richtig, aber Kinder sind Menschen um ihrer selbst Willen und nicht, weil sie zum Funktionieren der Gesellschaft beitragen. Und genauso wie beim Migrationshintergrund habe ich auch deswegen am Ende dieses kleinen Ausflugs die Bitte einer Denksportaufgabe: Denken Sie während der Bürgerfestes mal ein bisschen darüber nach, wie Sie hier in Esslingen sprachlich mit dieser Aufgabe umgehen und den Bildungswert der wunderbaren Einrichtungen, die Sie sicher in diesem Bereich in dieser Stadt haben, und sie sollen ja er-

weitert werden, auch weiterhin ins Zentrum stellen. So sehe ich die eigenen Probleme, die die Mehrheitsgesellschaft in unserem Land hat. Und ich halte es für nicht hinnehmbar, wenn wir für die Probleme, die wir selber haben mit unserem demographischen Wandel, andere zum Sündenbock machen, und den Satz „Deutschland schafft sich ab“ als Überschrift wählen, über eine Auseinandersetzung mit denjenigen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind.

Das ist mein Grundproblem mit der Diskussion der letzten 12 Monate. Man spürt die Ergebnisse übrigens in der Reaktion auch. Es gibt jetzt auch das Jahresgutachten 2011 der unabhängigen Sachverständigenkommission der Deutschen Stiftung zur Migration und Integration, und das Klima ist kühler geworden. Nun mag man sagen, Nüchternheit hilft immer; übertriebene Euphorie ist genauso schlecht, wie übertriebener Pessimismus; aber eine solche Entwicklung würde ich bedauern. Sie fördert nämlich die Extreme. Und Extreme gibt es auf beiden Seiten. Es gibt eine latente Fremdenfeindlichkeit in der Mehrheitsgesellschaft, die ist nicht größer als in anderen Ländern – also eine Selbstgeißelung finde ich da auch nicht richtig, aber sie ist relevant, und wir haben in Deutschland besondere Gründe, mit einer solchen Stimmung so umzugehen, dass wir sie nicht auf sich selbst beruhen lassen.

Dass wir uns niemals abfinden mit neuem Nationalismus, mit Fremdenfeindlichkeit, mit der unseligen Verbindung solcher Fremdenfeindlichkeit, mit Antisemitismus. Wir können das nicht hinnehmen, und der Hinweis darauf, dass es das auch in anderen Ländern, Frankreich beispielsweise, gibt, ist für mich überhaupt keine Beruhigung. Aber es ist genauso richtig, dass es solche Neigungen zu Extremismus, zu Fanatismus, zu Fundamentalismus, auch auf einer anderen Seite gibt. Das ist sicher in Berlin ein bisschen ausgeprägter, als in dem so wunderbar temperierten Schwabenland, aber es gibt es vielleicht auch hier.

Die Ebenbürtigkeit von Angehörigen unterschiedlicher Gruppen wird manchmal von beiden Seiten aus in Frage gezogen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begegnet uns als Problem nicht nur innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Mit ihr bekommen es auch Schüler deutscher Sprache und Herkunft in Klassenzimmer und auf Schulhöfen, jedenfalls in Berlin, zu tun. Schweinefleischfresser ist dort zu einem verbreiteten Schimpfwort geworden. Wer Christian heißt, kann Probleme mit muslimischen Mitschülern bekommen, weil in seinem Namen das Wort „Christ“ vorkommt. Wer sich durch Leistungsbereitschaft hervortut, läuft Gefahr, als schwul bezeichnet zu werden.

Das ist Teil unserer Realität, und ich spreche mich dafür aus, dem mit genau derselben Klarheit entgegenzutreten, wie ich niemals bereit bin, einen deutschen Rassismus hinzunehmen. Und ich halte es auch für notwendig, gerade an diesem sensiblen Punkt dann wirklich Klarheit und gute Nachbarschaft miteinander zu verbinden. Und die Aussage, dass die Mehrheit derjenigen, die bei uns zugewandert sind, bereit ist, sich zu integrieren und es mit der Integration auch weit gebracht haben, zu verbinden damit, deutlich zu machen, dass wir nicht nur Gruppen haben, die einen großen Abstand zu Bildungsprozessen haben; dass wir nicht nur Gruppen haben, die durch die Generationen unter Umständen sogar eine abnehmende Bereitschaft haben, die deutsche Sprache zu lernen – zweite und dritte Generation bedeutet eben nicht in jedem Fall, besser integriert zu sein; sondern dass wir auch diejenigen haben, die eine solche Ablehnung, eine innere Ablehnung des Landes in dem sie leben und der Menschen, die in ihm zu Hause sind, religiös begründen. Das haben wir auch. Und da fühle ich mich auch als Christ dazu verpflichtet, darüber das offene Gespräch zu führen und zu suchen.

Nicht weil ich der Meinung bin, das sei für alle kennzeichnend, sondern weil wir auch dieses Problem nicht auf sich beruhen lassen können. Und es gibt Fälle, und die sind nicht so selten,

in denen diese Art der abwertenden Betrachtung des anderen mit einem nicht genügend ausgeprägten Verständnis für die Religion und die Religionsfreiheit des anderen verbunden ist. Es gibt denjenigen Fall, in dem ein Bild vom Islam leitend ist; das die Überlegenheit des Islam soweit treibt, dass gesagt wird: „Dadurch sind ja alle anderen, es mögen so viele sein wie sie immer wollen, eben doch Menschen minderen Typs“. Und an dieser Stelle muss man in den Streit über einen solchen Absolutheitsanspruch eintreten. Nicht selbstgerecht, denn das Christentum hat mit dem Verfechten eines Absolutheitsanspruchs auch eigene Erfahrung. Nicht selbstgerecht, aber gerade aus der eigenen Erfahrung, dass wir als Christen dann doch gelernt haben, Religionsfreiheit zu buchstabieren und ganz klar zu sagen: „Religionsfreiheit ist auch immer die Freiheit des anders Glaubenden“; aus dieser Erfahrung heraus deutlich zu machen, so geht es nicht.

Und hier werden wir auch hartnäckig so lange weiterdiskutieren, bis wir einen Veränderungsprozess in Gang gesetzt haben. Es kann auch nicht sein, dass die Freiheit der Bekehrung zum Islam natürlich selbstverständlich in Anspruch genommen wird, aber diejenigen, die sich vom Islam zum Christentum bekennen, mit Sanktionen oder mit Verfolgung zu rechnen haben. Und deswegen kann man auch die Situationen in unserem Land nicht trennen und nicht isolieren, gegenüber der Situation in islamisch geprägten Ländern. Es hilft mir nicht, wenn islamische Gesprächspartner zu mir sagen: „Beschäftigen Sie sich nicht, und beschäftigen Sie erst Recht mich nicht mit der Frage, wie es um die Religionsfreiheit im Iran oder in der Türkei steht? Wir leben doch hier in Deutschland.“ Ich antworte: „Ja, wir leben hier in Deutschland und hier gilt ungeteilt und ohne Vorbehalt die gleiche Religionsfreiheit aller, aber die Tatsache, dass weltweit betrachtet Christen inzwischen die am meisten aus religiösen Gründen verfolgte Gruppe sind, kann mich nicht ruhig lassen und verfolgt mich manchmal bis in den Schlaf.“

Wir können dazu nicht schweigen. Ich habe es mir deswegen zur Pflicht gemacht, wann immer ich die Chance habe, in ein solches Land zu fahren, sei es die Türkei, sei es der Iran, sei es übrigens aus anderen Gründen auch China, das Thema der Religionsfreiheit ausdrücklich anzusprechen und die Debatte darüber zu führen. Das war unterschiedlich vergnügungssteuerpflichtig in verschiedenen Ländern, aber ich fahre in diese Länder auch nicht um Vergnügungssteuer zu zahlen, sondern um mit meinen bescheidenen Mitteln etwas für die Menschen zu tun und für die eigene Situation zu lernen. Und deswegen sage ich, es gibt gerade unter dieser Überschrift „Klarheit und gute Nachbarschaft“ eine Reihe von Themen, über die wir einfach sprechen müssen. Religionsfreiheit hat dabei einen hohen Rang.

Die Klarheit in der Absage gegenüber der Gewalt hat einen hohen Rang und ist wichtig. Die Bereitschaft zur Befolgung der Rechtsordnung, die in unserem Land herrscht und zwar auf Dauer und der Abschied von der Vorstellung, dass es zwei Rechtsordnungen gibt, nämlich eine, an die ich eigentlich glaube und die andere, an die ich mich notgedrungen anpasse, diese Unterscheidung muss überwunden werden. Es gibt die Aufgabe, die Unterscheidung zwischen Religion und Politik zu lernen. Es gibt die Aufgabe, die Rechte von Frauen genauso zu achten, wie die Rechte von Männern. All diese Aufgaben können wir dann anpacken, wenn wir sagen: „Es gibt einen gut sich entwickelnden Integrationsprozess, der ermutigt uns dazu, auch die schwierigen Fragen anzupacken und nicht einen Bogen um sie zu machen. Aber auch nicht dann den Bogen zu machen, wenn Vertreter von islamischen Verbänden, was ich schon gelegentlich erlebt habe, sagen, es sei nicht erlaubt, solche Fragen zu nennen. Dieses Verbot habe ich nie befolgt.“

Der Bundespräsident Christian Wulff hat vor 8 Monaten am 03.10. 2010 nicht nur den Satz gesagt: „Der Islam gehört inzwischen zu Deutschland“ und damit in meinen Augen eine Aufgabe beschrieben, die ich heute noch ein bisschen verdeutlichen wollte; er hat auch gesagt: „Judentum und Christentum gehören zu Deutschland.“ Diese Aussagen können in meinen Augen nicht den Sinn haben, dass wir nun alle Menschen in diesem Land reduzieren auf das Merkmal ihrer Religionszugehörigkeit.

So wichtig mir persönlich Glaube und Religion sind, so unangemessen finde ich es, meine eigene Identität nur darauf zu reduzieren, dass ich ein evangelischer Christ bin. Und ich würde erst recht nie wagen, das bei Ihnen zu tun, weiß ich doch, dass Sie nicht in jedem Fall als erstes zur Beschreibung Ihrer Identität sagen würden: „Ich bin Christ oder auch nicht“. Sondern sehr oft würden Sie sagen: „Ich bin Schwabe“. Und manchmal würden Sie das sogar sagen, bevor Sie sagen, dass Sie Deutscher sind. Sie würden sagen, welchen Beruf Sie wahrnehmen, was Sie für politische Neigungen und Interessen haben, was Sie besonders beschäftigt und interessiert. Und deswegen sage ich an dieser Stelle ganz klar, dass wir Menschen nur noch auf die Religionszugehörigkeit reduzieren, ist unsere Reaktion auf die islamische Revolution Ende der 70er Jahre und vor allem auf den 11. September 2001. Und das ist eine falsche Reaktion.

Sie verstärkt Konflikte und dient ihnen nicht. Jeder Mensch hat eine vielgestaltige Identität und soll in dieser ernst genommen werden. Und das andere: Wenn der Bundespräsident diesen Satz nun auch über Judentum und Christentum gesagt hat, dann ist die Folgerung jedenfalls nicht nur diejenige, dass wir unsere eigene Tradition und Verwurzelung wichtig nehmen, sondern noch mehr, dass wir den Grundimpuls aus dieser Tradition ins Leben hineinbringen, und wir nicht nur den Angehörigen der eigenen Religion eine unverletzliche und unveräußerliche Würde zusprechen, sondern jedem Menschen. Denn wenn die Bibel von der Gottebenbildlichkeit des Menschen spricht, spricht sie nicht nur von der Gottebenbildlichkeit von Juden oder Christen, sondern von der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen. Und deswegen ist in unsere Tradition ein Respekt vor der gleichen Würde jedes Menschen eingestempelt, die wir gerade heute fruchtbar machen sollten. Und der Ernstfall dafür ist, dass wir die gleiche Würde der Verschiedenen achten und nicht sagen: „Der ist mir aber zu verschieden, der hat keine Menschenwürde.“

Nein, jeder Mensch hat die gleiche Würde. Und die Situation einer Integrationsgesellschaft ist die Probe dafür. Das finde ich eine große, eine wichtige Aufgabe, aber auch eine Aufgabe, für die es sich einzusetzen lohnt. Und wenn Sie auf die Sprachen morgen beim Bürgerfest achten, erinnern Sie sich ab und zu daran, dass es auch möglich ist, sich darüber zu freuen und nicht nur darüber zu stöhnen. Freuen Sie sich an dieser großartigen Stadt, an diesem Fest, auf das Sie morgen zugehen, und ich bedanke mich herzlich, dass Sie mir so geduldig zugehört haben.